Die Schlacht gegen die Arbeiter

„Führerprinzip" — in der Wirtschaft werden es die Nationalsozialisten bald völlig verwirklicht haben! Durch die Stillegung der Gewerkschaften, durch die Bändigung der nationalsozialistischen Betriebszellen sind die Unternehmer in einer Weise Herren im eigenen Haus geworden, wie es die reaktionärsten Scharfmacher nicht mehr zu hoffen gewagt hätten. Im größten europäischen Industriestaat gibt es für die Arbeiterschaft kein Arbeitsrecht mehr: die Arbeiterschaft ist nicht nur politisch, sondern auch sozialrechtlich etwa auf den Stand von 1830 zurückgeworfen, in die Zeiten des Frühkapitalismus zurückversetzt.

Obwohl kaum mehr als ein halbes Jahr seit Hitlers Machtergreifung verflossen ist, zeigt sich schon sehr deutlich, wie diese Entrechtung die Tendenz hat, sich in Verelendung umzusetzen. Die Tarifverträge sind offiziell zunächst in Kraft geblieben. Aber

die Verteuerung der Lebenshaltungskosten,

insbesondere für wichtige Lebensmittel wie die Fette, bedeutet allgemeine Senkung des Reallohnes. Die Preissteigerung setzt aber auch auf anderen Gebieten, z. B. bei den Textilien, verstärkt ein. Denn die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik ist direkt auf die Forderung der Kartelle eingestellt, und die Preiserhöhungen werden als Zeichen der Wirtschaftsbelebung begrüßt. Der gleichbleibende Geldlohn bedeutet also verringerte Kaufkraft.

Dazu kommt ein anderes: sollen die Tarifverträge nicht nur auf dem Papier stehen, so muß ihre Einhaltung ständig von den Gewerkschaften kontrolliert werden. Diese Ueberwachung ist jetzt fortgefallen. Der einzelne Arbeiter steht jetzt Verletzungen seines Rechts fast hilflos gegenüber. Je länger der gewerkschaftslose Zustand anhält — und die „Arbeitsfront" ist nichts anderes als die Form der Aufhebung der Gewerkschaften — desto mehr werden die Tarifverträge ausgehöhlt und umgangen werden.

Eine grausame Ironie aber ist es, daß den Arbeitern augenblicklich am übelsten mitgespielt wird durch die Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit. Natürlich bedeutet die allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden ohne Lohnausgleich für die in Arbeit Befindlichen eine Lohnsenkung, und der Rückgang der Lohnsteuer beweist, daß dadurch das Einkommen immer zahlreicherer Arbeiterschichten

unter das steuerliche Existenzminimum von 100 Mark im Monat herabgedrückt wird.

Was ursprünglich gedacht war als ein Akt der Solidarität der Arbeiter mit ihren arbeitslosen Brüdern wird durch einen Bund der kapitalistischen Scharfmacher mit den nationalsozialistischen Stellenjägern zu einem teuflischen Mittel der Zermürbung der ganzen Arbeiterklasse. Mit jener ekelhaften Gründlichkeit, die den nationalsozialistischen Sadismus auf allen Gebieten auszeichnet, wird die berühmte „Arbeitsschlacht", der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, zu einer wahren Schlacht gegen die Arbeiter.

Das System des Vorgehens wird immer deutlicher sichtbar. Im ersten Stadium wurden marxistische Arbeiter von den verbündeten Scharfmachern und Stellenjägern in möglichst großem Umfang durch Nationalsozialisten und Gelbe ersetzt. Ebenso wurden die durch die Arbeitsstreckung freigewordenen Stellen für diese Leute reserviert. Nun gesellte sich zu Scharfmachern und Stellenjägern als Dritte im Bunde die Bürokratie der Arbeitsämter und der kommunalen Wohlfahrtsfürsorge, die ja gleichfalls unter nationalsozialistischer Leitung steht. Jetzt begann eine neue Art von Menschenjagd. Treiberin war zunächst die kommunale Bürokratie.

Die Kommunen sind bankrott,

und dieser Bankrott verschärft sich von Tag zu Tag. Auf dem Nürnberger Parteitag hat der Staatskommissar für Berlin, Dr. Lippert, schon offen zugegeben, daß nichts übrig bleibe, als den tatsächlichen Bankrott auch ganz offen zu erklären und eine allgemeine zwangsweise Zinssenkung von Reichswegen zu statuieren. Denn die Gemeinden müßten rund zwei Drittel der arbeitsfähigen Arbeitslosen als Ortsarme nach den Grundsätzen der Armenpflege betreuen. Der immer wieder angekündigte organisatorische und finanzielle Neuaufbau der Arbeitslosenhilfe sei bisher nicht möglich gewesen. Und da sich Lippert offenbar von dem Kampf gegen die Arbeitslosigkeit auch für die Zukunft nicht allzuviel verspricht, fordert er eben die Entlastung der Gemeinden auf Kosten ihrer Gläubiger.

Schon steht der erste Konkurs einer großen preußischen Stadt bevor. Dortmund soll unter einen Treuhänder der Gläubiger gestellt werden, der über alle finanziellen Maßnahmen zu entscheiden hat. Er soll für die gleichmäßige Befriedigung aller Gläubiger sorgen, und kann nach Sicherstellung der Gehälter und Wohlfahrtsausgaben selbständig städtisches Vermögen veräußern, was sicher allen Feinden der öffentlichen Wirtschaft zu großer Genugtuung gereichen wird. Es sind die Wohlfahrtslasten, die Dortmund erdrücken. Auch die Zinsherabsetzung würde Industriestädten wie Dortmund nichts helfen. Denn selbst wenn alle Schulden gestrichen würden, bliebe Dortmund noch immer ein Defizit von 12 Millionen Mark. Es bleibe nur übrig Senkung der Wohlfahrtslasten und Rückwanderung aufs Land!

Unter diesem Druck hat die Wohlfahrtsbürokratie nicht nur die Arbeitslosenunterstützung in eine armselige Armenpflege umgewandelt und diese Armenpflege fortschreitend verschlechtert, sondern sie ist auch zu dem Versuch übergegangen, durch äußersten Zwang, durch Entziehung der Unterstützung, durch Drohung mit dem Konzentrationslager

die städtischen, zum Teil hochqualifizierten Arbeiter und Angestellten in ländliche Zwangsarbeiter umzuwandeln

oder in Arbeitsdienstlager abzuschieben. Aber diese „Arbeitsschlachten" der Kommunen haben die Bürokraten der Reichsarbeitsämter auf den Plan gerufen. Wollen die Kommunen die langfristigen Erwerbslosen, deren Betreuung ihnen zur Last fällt, loswerden, so die Arbeitsämter die von ihnen in der Versicherung und Krisenfürsorge Unterstützten. Wie dabei vorgegangen wird, zeigt folgende amtliche Mitteilung des Arbeitsamtes Osnabrück:

„Im Verlauf der großen Arbeitsschlacht hat sich herausgestellt, daß eine Anzahl von Unterstützungsempfängern die ihnen zugewiesene Arbeit unter allen möglichen Vorwänden ablehnten. Das Arbeitsamt sperrt in jedem Falle den Unterstützungsbezug. Bei nachweislicher Arbeitsverweigerung oder Arbeitsunlust wird außerdem veranlaßt, **daß die notorischen Faulenzer in ein Konzentrationslager übergeführt werden,** damit sie sich an Zucht und Ordnung gewöhnen. Gestern ist der erste Unterstützungsempfänger dieser Art, ein gewisser H. M. aus Osnabrück, der Regierung zur Ueberführung in ein Konzentrationslager übergeben worden."

Man sieht, das Konzentrationslager erfüllt im Dritten Reich nicht nur eine politische, sondern auch eine soziale Funktion von großer Wichtigkeit.

Aber mit alledem ist es noch nicht genug! In immer größerem Umfange schickt man sich an, Arbeiter aus der Arbeit zu werfen, ihnen die Unterstützungsberechtigung abzuerkennen und dafür bisher Unterstützte an ihre Stelle zu bringen. Dazu dient die willkürliche Erläuterung des Begriffs der „Doppelverdiener". Als Doppelverdienst soll jetzt nicht nur die gleichzeitige Ausübung zweier bezahlter Tätigkeiten durch eine Person und nicht nur die gleichzeitige Berufstätigkeit eines Ehemannes und seiner Frau gelten, sondern auch die Berufstätigkeit mehrerer Familienmitglieder. Wenn also zum Beispiel mehrere Familienmitglieder erwerbstätig sind, so sollen Familienmitglieder entlassen werden, wenn keine Existenzgefährdung der gesamten Familie zu befürchten ist. Diese Arbeitsmarktpolitik soll jetzt im westlichen Industriegebiet zur Durchführung kommen. Denn im Einvernehmen mit dem Präsidenten des Landesarbeitsamtes für Westfalen haben sich die Arbeitgeberverbände auf Anordnung Thyssens diese Grundsätze zu eigen gemacht.

Die Entlassenen erhalten keine Unterstützung.

Eingestellt werden nur unterstützte Erwerbslose, wobei, wie es ausdrücklich heißt, Mitgliedern der NSDAP. mit den Nummern 1 bis 100.000 und Angehörigen der SS., SA. und des Stahlhelms ein Vorzug einzuräumen ist. Und was geschieht mit den Entlassenen? Sie müssen von ihren Familien erhalten werden. Das Arbeitsamt spart die Unterstützung, der Sozialetat wird entlastet und Herr Thyssen hofft auf Verminderung des für ihn bekanntlich „unerträglichen" Steuerdrucks. Für die Erhaltung der Entlassenen sollen die letzten Reserven, die letzten Ersparnisse der Arbeiterschaft herangezogen werden. Denn, sagt Dr. Ordemann, der Präsident des Landesamtes Westfalen, auf die „Bildung des Sparkapitals soll verzichtet und damit sollen die jetzt aus der Arbeit herauszunehmenden Mitglieder ernährt werden". Und wenn kein Sparkapital — im vierten Jahr der Krise — vorhanden ist? Dann müssen sie eben verhungern! Denn Sozialismus ist nach Dr. Ley Opferbereitschaft.

Solange die Arbeiter in der Republik im Besitze ihrer politischen und sozialen Rechte waren, war das der Bourgeoisie abgerungene und stets hart umkämpfte System der Arbeitslosenunterstützung eine wichtige Errungenschaft, die nicht nur die Arbeitslosen selbst vor dem schlimmsten Elend bewahrte, sondern auch die Stellung der Gewerkschaften auf dem Arbeitsmarkt und damit die erkämpften Arbeitsbedingungenen der Arbeitenden in hohem Maße sicherte. Erst die Zerstörung des Arbeitsrechtes, der Raub jedes politischen Einflusses auch auf die Kommunalverwaltungen hat es ermöglicht, daß aus einem Mittel der Sicherung der Lebenshaltung ein Mittel der Zermürbung und Versklavung der Arbeiter, daß aus der Arbeitsschlacht, dem Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, im Dritten Reich, eine Schlacht gegen die Arbeiter und ein Kampf gegen die Arbeitslosen geworden ist.

Dr. Richard Kern.

Soziale Frage gelöst?

Einmal in der Woche Eintopf-Gericht statt Braten.

Zur Bekämpfung der Not in Deutschland kündigt die Hitlerregierung offiziell die folgende Maßnahme an:

> Der erste Sonntag jedes Monats wird im Zeichen einer allgemeinen Winterhilfsaktion des ganzen Volkes stehen. **Die Reichsregierung fordert jede deutsche Familie dazu auf, an diesem Tage den Sonntagsbraten durch ein einfaches Eintopfgericht zu ersetzen.** Der dadurch eingesparte Betrag soll den notleidenden Volksgenossen zugute kommen.

Die sozialdemokratischen Novemberverbrecher waren bekanntlich so roh, zwecks Bekämpfung der Not eine energische Besteuerung der reichen Leute zu verlangen. Nachdem sie dafür die verdiente Strafe empfangen, schlägt das Dritte Reich den richtigen Weg ein, indem es sich statt an den Steuereinnehmer an die herrschaftliche Köchin wendet. Einmal im Monat statt des Bratens „ein einfaches Eintopfgericht", und von der Differenz, die sich daraus ergibt, werden dann „die notleidenden Volksgenossen" gesättigt.

Man muß fragen, in welcher Vorstellungswelt die Bürokratie des Dritten Reiches lebt, wenn sie solche geradezu als Verhöhnung der Not wirkenden Mätzchen vorzubringen wagt.

40 Millionen »freiwillig« erpresst

Auf einer Kundgebung der NSBO. in Frankfurt a. M. erklärte der Staatssekretär Reinhardt vom Reichsfinanzministerium, daß die freiwillige Spende zur Förderung der nationalen Arbeit bis zum 20. August 35 Millionen Mark erbracht habe und bis Ende August 40 Millionen ergeben werde.

Dieser Betrag ist im wesentlichen Arbeitern, Angestellten und Beamten unter dem Druck der drohenden Entlassung abgepreßt worden. Leistungen der Unternehmer sind in diesen Beträgen so gut wie nicht enthalten. Die Arbeitsspende ist also nichts anderes als eine Sondersteuer, die nur vom Arbeitseinkommen erhoben wird. Wie überhaupt im Dritten Reich die Steuerpolitik nur darin besteht, die Steuerlasten der arbeitenden Schichten zu erhöhen — Fettsteuer, Ehestandssteuer, Arbeitsspende — und die Steuern der Besitzenden — Autosteuer, Steuerfreiheit für Maschinen, Abbau der Industriebelastung — zu ermäßigen.

AB OKTOBER:

SOZIALISTISCHE REVOLUTION!

Monatsschrift für die Probleme des Sozialismus

Selbstkritik als Ausgangspunkt

Von Rolf Reventlow.

Genosse Stampfer hat im „Kampf" einen Beitrag zur Selbstkritik veröffentlicht, der als Ausgangspunkt der Diskussion um die Neuorientierung der sozialistischen Bewegung auf deutschem Boden dankenswerte Anregungen bietet, aber auch zur Erwiderung herausfordert. Eine möglichst lebendige Diskussion zu diesem Thema ist ja zudem in erster Linie für die numerisch bedeutende deutsche Emigration, in zweiter Linie für die in der Heimat verbliebenen Genossen seelisch und geistiges Bedürfnis, soll nicht unter dem Eindruck des gegenrevolutionären Triumphes Resignation und Indifferenz um sich greifen.

Vorweg: Genosse Stampfer verlangt von jenen Genossen Wahrscheinlichkeitsbeweise, die schon vordem oppositionell zur taktischen Ausrichtung der Partei standen, dafür, daß es anders gekommen wäre, hätte man es eben nach Meinung jener anders gemacht. Dies scheint mir abseits der Erfordernisse einer Diskussion zu liegen, wie sie jetzt erforderlich ist. Wie überhaupt der Abschnitt deutscher Geschichte von Weimar bis Potsdam schwerlich unter dem Gesichtswinkel betrachtet werden kann, daß diese oder jene Stellungnahme mit soundsoviel Prozent Wahrscheinlichkeit zu diesem oder einem anderen Ergebnis führen konnte. Eine bessere Methode des Rückblicks dürfte es sein, das festzustellen, was unzweideutig feststellbar ist, nämlich erstens die Niederlage der deutschen Arbeiterklasse und zweitens die Art ihrer Niederlage. Letzteres ist, mag auch die Erörterung weniger sympathisch sein, von besonderer Bedeutung, denn aus der weichenden Taktik in den letzten Entscheidungen vom 20. Juli bis zu der verhängnisvollen Reichstagsabstimmungen resultiert die tiefe Depression, die den Auftakt zu neuer Aktion hemmt und mehr noch in Zukunft hemmen wird. Warum aber konnte die Partei seelisch und geistig nicht in die Offensive übergehen, die möglicherweise nicht die — meines Erachtens viele Jahre schon weit unterschätzten — Kräfte der Gegenrevolution zum Stehen gebracht, bestimmt aber historische Fakten geschaffen hätte, aus denen der Geist der Rebellion uns weit stärker entgegenströmen würde, als es jetzt der Fall ist. Genosse Stampfer beginnt in seinem Rückblick richtigerweise mit den Kriegskrediten, aus der sich seiner Ansicht nach vieles weitere zwangsläufig ergab; so beispielsweise, daß man nach Aufgabe der absoluten Intransigenz gegenüber dem Staat, den Versuch der Zusammenarbeit mit bürgerlichen Parteien machen mußte.

Ja, warum denn eigentlich? Warum bedingt eine nicht absolute Intransigenz dem Staat gegenüber die Verpflichtung der „Zusammenarbeit" mit bürgerlichen Parteien? Und ist nicht überhaupt, denken wir so die vielerlei Koalitionsdiskussionen vergangener Jahre zurück, der Begriff der Zwangsläufigkeit in unseren Reihen als bequemes Auskunftsmittel bei unbequemen Erörterungen viel zu leichthin und viel zu oft gebraucht worden? Die politische Demokratie als erweiterte Rechtsordnung des deutschen Staates war unzweifelhaft ein Fortschritt für die Arbeiterklasse, sofern sie sich ihrer im Interesse ihrer Politik als Klasse bediente. Mußten wir wirklich alle Suppen des kaiserlichen Regimes auslöffeln, mußten wirklich unter unserer Verantwortung Offiziere des alten Regimes die „Ordnung" in wohl nicht immer bedenkenfreier Weise herstellen, mußten wir unbedingt immer in der vordersten Linie der politischen Verantwortlichkeit stehen? Man kann, stellt man diese Fragen, die Stellung einer sozialistischen Partei zur — bürgerlichen — Demokratie auch anders umreißen, man kann sich vorstellen, daß die Rolle der Opposition für mindestens ebenso wichtig angesehen wird, als die Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Parteien, daß man, gerade wenn man die Demokratie als politische Methode verficht, die Opposition nicht anderthalb Jahrzehnte nur denen überläßt, die den Parlamentarismus prinzipiell bekämpften.

Nun wird Genosse Stampfer die Wahrscheinlichkeitsberechnung verlangen, oder zumindest auf Bayern verweisen, wo ja die Sozialdemokratie seit 1920 — auch dieser Staatsstreich war kein erfreuliches Kapitel unserer Parteigeschichte — an keiner Verantwortung beteiligt war und trotzdem nicht etwa im Siegeslauf der Wahlkämpfe das gesamte, das alte und das neue Proletariat für sich gewann. Zugegeben: doch ist natürlich die deutsche Politik, trotz mancher bayrischen Sonderheit (auch innerparteilich) als Gesamtheit aufzufassen und zu bewerten. Es soll auch keineswegs behauptet werden — die sogenannte Linke verfiel mitunter in diesen Fehler — als sei Oppositionspolitik prinzipiell vorteilhaft für die Entwicklung der Partei und mit ihr schon das Problem der Taktik, der prinzipiellen Stellungnahme sowie der Tagespolitik gelöst. Das wäre reichlich simplizistisch. Wohl aber müssen wir heute sagen, daß ein wesentlicher Teil des Uebels, daß unsere Wählerzahl seit 1928 im Ergebnis ständig abwärts ging in jener Verdunklung des Bewußtseins des grundsätzlich anders sein als die Bürgerlichen, liegt, die auch Stampfer feststellt. Niemals konnte die KPD. mit ihrer keineswegs guten Organisation und ihrer noch schlechteren Politik zu ihren Erfolgen kommen, wenn nicht Millionen Proletarier ohne irgendwie mit der kommunistischen Politik verbunden zu sein, ja ohne die kommunistische Presse zu lesen, nicht einfach aus dem Streben eines stärker akzentuierten Ausdrucks der Arbeiterschaft im politischen Geschehen Deutschlands heraus kommunistisch gewählt hätten. Wir sprachen und schrieben vom deutschen Volk, von Volksfreiheit, von Volksinteressen, wir interpretierten in bürgerliche Parteien ein demokratisches, ja sogar ein soziales Bewußtsein hinein, das sie nie besessen haben, wir sind — auch Genosse Stampfer deutet das an — ein wenig, oder auch sehr verbürgerlicht. So haben wir uns auch nie um den Zentrumsarbeiter bekümmert, sondern gemeint, er sei sozusagen ein proletarisches Element des klassengemeinschaftlichen Katholizismus, während das Oberhaupt der Kirche sich in seiner Enzyklika quadragesimo anno unzweideutig zum Ständefaschismus bekannte. Ist es da eigentlich so verwunderlich, wenn die Demokratie zum Tanzboden der antidemokratischen Kräfte wurde, wenn zwischen sozialistischer Auffassung und der allezeit erduldeten „Zwangsläufigkeit" des Mißbrauchs der Partei für bürgerlich klassenmäßig bedingte politische Handlungen eine Divergenz aufbrach, der nur noch die Organisationstreue der Mitglieder, nicht jedoch die der Wähler standhielt, die vor allem den Weg verbaute, werbend über den erfaßten Kreis hinaus, der Vermehrung der proletarischen Existenzen entsprechend wirksam zu werden, proletarisches Bewußtsein zu erwecken und in den Dienst proletarischer Politik zu stellen?

Mit anderen Worten, das Ergebnis der Geschichtsperiode Weimar bis Potsdam hat die Vorstellung der mehr oder minder betonten volksgemeinschaftlichen Bindung ad absurdum geführt. Wir kehren zum kommunistischen Manifest, zur Erkenntnis zurück, daß die Geschichte unserer Zeit in immer stärkerem Maße und allen phraseologischen Umkleidungen unserer Gegner zum Trotz eine Geschichte der Klassenkämpfe ist, daß wir also Klassenpolitik treiben müssen, das wir uns von der Verdunklung unseres Klassenbewußtseins durch allzulange und allzuenge Bindungen an eine bürgerliche Politik, die in dieser Form ja nunmehr nur noch der Geschichte angehört, ebenso befreien müssen, wie den Proletarier aus seiner vielfachen Differenziertheit des Empfindens als qualifizierter, als ungelernter, als arbeitsloser Arbeiter. Warum konnten wir nicht verhindern, daß die Demokratie zur Waffe der Antidemokraten wurde, daß erstmals in Deutschland der sonst nur als gewalttätige Minderheit auftretende Faschismus einen entscheidenden Erfolg mit dem Stimmzettel errang? Weil wir uns in der bekannten Selbstzufriedenheit des Arbeiters, der zeitenweise eine gute Stellung mit auskömmlichem Lohn innehat, selbst darüber täuschten, daß das Merkmal des proletarischen Schicksals die Instabilität ist, daß dieses proletarische Schicksal ja die weltumspannende Gemeinsamkeit des proletarischen Menschen begründet, aus der heraus wir neu zum Internationalismus des Geistes und der Tat kommen müssen.

Wenn wir in diesem Sinne, die notwendige Neuorientierung des deutschen Sozialismus geistig zu umreißen, Taktik und Ziel der proletarischen Revolution in Deutschland zur aufrüttelnden Parole an alle Unterdrückten und Mißhandelten, an alle Ausgebeuteten und vom Kapitalismus zum Abfallhaufen der Ware Arbeitskraft Geworfenen zu münzen trachten, dann gilt es nicht, nun etwa dogmatische Parolen der Intransigenz in allen politischen Lebenslagen zu formen, wohl aber die gesinnungsmäßige Kompromißlosigkeit des international orientierten, von der Arbeiterklasse ausgehenden und in ihr beruhenden Bekenntnisses zum Sozialismus oberster Leitsatz unseres neu beginnenden Kampfes werden zu lassen.

Einigkeit als Endpunkt

Von Friedrich Stampfer.

Die Polemik des Genossen Rolf Reventlov wendet sich zunächst gegen eine Stelle meines Artikels im „Kampf", die im „Neuen Vorwärts" nicht wiedergegeben war. Die Stelle lautet:

> „Auf alle Fälle wäre eine systematische und gründliche Untersuchung viel nützlicher als es eine sich in Einzelheiten verlierende systemlose Kritik sein könnte. Eine solche Untersuchung wird dann auch nicht unkritisch sein dürfen, manchen Kritikern gegenüber, die jetzt versichern, sie hätten es schon immer gesagt und nun hätten die Ereignisse gezeigt, daß sie recht gehabt hätten. Ehe man den Urteil dieser Kritiker zustimmt, wird man von ihnen zum mindesten den Wahrscheinlichkeitsbeweis dafür verlangen müssen, daß es anders gekommen wäre, wenn man ihre Ratschläge befolgt hätte."

Wie man sieht, handelt es sich nicht um eine Bemerkung gegen die Kritiker überhaupt, und es wird von diesen Kritikern nicht verlangt, daß sie den Wahrscheinlichkeitsbeweis für die Richtigkeit ihrer Vorschläge führen müßten, sondern es ist von „manchen Kritikern" die Rede, die dann näher gekennzeichnet werden als diejenigen, „die jetzt versichern, sie hätten es schon immer gesagt und nun hätten die Ereignisse gezeigt, daß sie recht gehabt hätten."

Damit sollte nicht mehr gesagt sein als dies: Rechthaberei und ewige Wiederkehr zu dem schon immer Gesagten steht weder der alten Führung an, noch auch ihren Kritikern. Selbstkritik heißt nun einmal, daß man sich selber kritisiert und nicht die anderen. Ich glaube, daß die alten Führer der sozialistischen Arbeiterbewegung, Sozialdemokraten und Kommunisten, Partei- und Gewerkschaftsführer, allen Anlaß zu schärfster Selbstkritik haben. Ich glaube aber, daß diese Pflicht zur Selbstkritik auch für diejenigen besteht, die in der Vergangenheit Kritik geübt haben. Also nicht nur Selbstkritik der Führung, sondern auch Selbstkritik der Kritik!

Ich glaube auch nicht, daß eine wirklich in die Tiefe gehende Kritik bei den Problemen der Koalitionspolitik halt machen kann. Die Problematik liegt tiefer, nämlich darin, daß wir uns nicht auf die Aufgabe beschränken konnten, gegen die kapitalistische Wirtschaftsordnung zu kämpfen, sondern, daß wir zu gleicher Zeit auch für die Lebensmöglichkeiten der Arbeiterklasse innerhalb der noch bestehenden kapitalistischen Wirtschaftsordnung kämpfen mußten. Dieses Problem hat für die Kommunisten genau so gut bestanden wie für uns, und sie sind genau ebenso — nur von der anderen Seite her — an ihm gescheitert. An die praktischen Tagesbedürfnisse des Proletariats anzuknüpfen war auch für sie die Parole. Nur daß sie es mit dieser Anknüpfung nie sonderlich ernst nahmen, daß sie in Wirklichkeit gar keine Anstrengungen machten, die Position des Arbeiters in Staat und im Betrieb zu verbessern, sondern alles Gewicht auf die erstrebte revolutionäre Vernichtung der kapitalistischen Gesellschaft legten. Diese, wenn man so sagen will, ideale, von den realen Arbeiterinteressen abstrahierende Zielsetzung hat niemals eine so starke Anziehungskraft auf die Arbeiterklasse ausgeübt, daß sie die Mehrheit in ihren Bann hätte ziehen können. Die große Mehrheit forderte die Berücksichtigung ihrer unmittelbaren Interessen durch eine praktische, auf nahe Erfolge gerichtete Arbeiterpolitik.

Eine solche Arbeiterpolitik hat nun die Sozialdemokratie getrieben. Und ich glaube, eine ernsthafte und gerechte Kritik wird zugeben müssen, daß sie das viele Jahre hindurch nicht ohne Erfolg getan hat. Ist der deutsche Arbeiter heute politisch geknechteter als in der Kaiserzeit, so muß zugegeben werden daß er in der Weimarer Republik freier war als er es jemals zuvor oder danach gewesen ist. Ebenso war das Tarifwesen in Verbindung mit der Arbeitslosenversicherung zweifellos das sinnvollste System praktischen Arbeiterschutzes, das jemals innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft bestanden hat.

War es notwendig, daß in der vergangenen Zeit für die Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse mit ernsthafter Absicht auf Erfolg gekämpft wurde, dann mußte man auch die Mittel wollen, ohne die der Zweck nicht zu erreichen war. Im einzelnen mögen dabei noch so viel Fehler begangen worden sein, im großen und ganzen konnte es die Sozialdemokratie nicht ablehnen, mit bürgerlichen Parteien zusammen eine freiheitliche Verfassung zu schaffen, für ein modernes Arbeitsrecht zu sorgen, die Sozialversicherung auszubauen usw.

Durchaus recht muß ich dem Genossen Reventlow darin geben, daß diese Politik mit schweren Schattenseiten und Gefahren verbunden war. „Die Verdunklung des Bewußtseins des grundsätzlich Andersseins" den Bürgerlichen gegenüber hat in der Tat die Sozialdemokratie geschwächt und die im Endeffekt nur dem Faschismus zugutekommenden Kräfte der KPD. gestärkt. Ich glaube aber nicht, daß diese „Verbürgerlichung" eine notwendige Folge der unvermeidlichen Koalitionspolitik war, sondern ich sehe den Grund einmal in einer ideologischen Unklarheit, zum andern in der Schwerfälligkeit und geringen Manövrierfähigkeit des aus Partei, Gewerkschaft, Angestelltenverbänden usw. umständlich zusammengesetzten alten Apparats.

Die ideologische Unklarheit ist, wie mir scheint, von zwei Seiten zugleich gefördert worden: sowohl von den Genossen, die über der praktischen Tagesarbeit die letzten Ziele der Partei vergaßen, als auch von jenen anderen, die in jedem taktischen Zusammengehen mit bürgerlichen Gruppen einen Verrat an den sozialistischen Grundsätze, witterten. Die geringe Manövrierfähigkeit des Apparats erwies sich aber, als monatelang zwischen der Partei, den Gewerkschaften und Angestelltenverbänden über ein gemeinsames sozialistisches Aktionsprogramm hin und her verhandelt wurde. Längst hatte sich klar gezeigt, daß die sozialpolitischen Errungenschaften nicht mehr unversehrt zu halten waren, weil der Grund, auf dem dieses Gebäude stand, der Boden der kapitalistischen Wirtschaft selbst, wankte. Man hat den

rechten Augenblick versäumt zum Absprung von einer unfruchtbar gewordenen und darum nicht mehr „praktischen“ Tagespolitik zu jener „gesinnungsmäßigen Kompromißlosigkeit des sozialistischen Bekenntnisses“, die Genosse Reventlow als obersten Leitsatz unseres neu beginnenden Kampfes fordert.

Ueber die Berechtigung dieser auf Gegenwart und Zukunft gerichteten Forderung scheint mir eine Diskusion nicht mehr notwendig. Man kann der praktichen Arbeiterpolitik, die die Sozialdemokratie getrieben hat und ihren beträchtlichen, leider nur zu vergänglichen Erfolgen ihr historisches Recht werden lassen, ohne zu verkennen, daß die neue Zeit schärfere Richtung auf das sozialistische Endziel und neue härtere Methoden des Kampfes verlangt. Damit soll nicht gesagt sein, daß das Problem des richtigen Verhältnisses zwischen praktischer Gegenwartsarbeit und idealer Zielsetzung, das für die Gegenwart völlig in den Hintergrund getreten ist, für alle Zeit erledigt sein muß. Vielleicht wird es später einmal notwendig sein, sich mit ihm unter gänzlich veränderten Umständen und in gänzlich neuen Formen neu auseinanderzusetzen. Jetzt aber hat die Kapitalistenklasse durch ihren Bund mit dem Faschismus ihre politische und wirtschaftliche Niederwerfung und Entmachtung zum einzig möglichen Ziel jeder wirklich im Sinne dieser Gegenwart praktischen Arbeiterpolitik gemacht. Bei allem unermeßlichen Elend, das die Niederlage mit sich gebracht hat, bleibt doch dies die Gunst der Stunde, daß sie alle alten Gegensätze innerhalb der sozialistischen Arbeiterbewegung sinnlos gemacht und den Boden für eine echte, auf innere Uebereinstimmung beruhende Einigkeit geschaffen hat.

Das Volksfest

„Hier ist kein Parteitag — hier ist ein Volksfest“, so charakterisierte die „Frankfurter Zeitung“ den Nürnberger Parteitag. Aus der Fülle der kritischen Urteile der Auslandspresse nur zwei Stimmen. Der „Temps“ schreibt:

„... Die feierliche Ansprache, die der „Führer“ in Nürnberg hat verlesen lassen, ist von einer solchen Armseligkeit der Gedanken und der Form, daß man sich fragt, wie sich der Regierungschef eines großen Landes zu einer Kundgebung hat entschließen können, die für das deutsche Selbstgefühl derart peinlich ist...

... Es gibt eine Ueberzeugung der zivilisierten Völker, die sich über die Tatsachen nicht täuschen, die sich durch den Schein nicht beirren läßt. Das kaiserliche Deutschland hat das im Jahre 1914 erfahren; Hitler-Deutschland wird diese Erfahrung in naher Zukunft machen, wenn es weiterhin sich dem uneingeschränkten Rassenfanatismus hingibt. . Es ist etwas anderes als Beredsamkeit nötig, um die Weltmeinung von den friedlichen Absichten Deutschlands zu überzeugen. Dazu bedarf es der Handlungen. Bis heute beweisen die Maßnahmen der deutschen Regierung vor allem den Willen, wiederaufzurüsten und den Krieg vorzubereiten. Vor allem **in England herrscht Erregung über diesen Zustand.** Die englische Presse veröffentlicht täglich eindrucksvolle Tatsachenberichte über die deutschen Rüstungen. Sie stellt heute morgen fest, daß das Hitlerreich von 1936 an über ein Heer von 1.500.000 Mann verfügen wird, das noch um mehrere hunderttausend Mann aus einer versteckten Reserve vermehrt werden könnte; sie schildert die Fabriken von Krupp und die chemischen Werke in Hamburg und Dresden, die für die Wiederaufrüstung voll beschäftigt sind... „Hitler“, so erklärte der „Sunday Expreß“, ist das kriegerische Schreckensgespenst Europas. Vor 1914 bestand Wilhelm II. darauf, dieselbe Rolle zu spielen. Man weiß, was es zur Folge hatte.“

Und das Urteil der Baseler „National-Zeitung“ lautet:

„In der Hitler-Rede wird man neben dem bei Diktatoren unvermeidlichen Selbstlob vergebens irgend einen schöpferischen Gedanken suchen. Im vorhinein werden unvermeidliche Enttäuschungen bei Neuerungen angekündigt und wird vor nörgelnder Kritik gewarnt. Warum aber dann so strenge gegen angebliche und wirkliche Mißerfolge der Republik? Auch sie stand vor noch nicht dagewesenen Problemen: einem zerstörten Reich, einem zerschlagenen Heer, einer ausgesogenen Wirtschaft, Inflation und Krise. Das Maß, mit dem gemessen wird, ist im Stil der Gerechtigkeit des Dritten Reiches ungleich. Dem Gegner ist alles verboten, den SA. und SS. alles erlaubt. Als Massenentfaltung befriedigte die Schaustellung ein Kollektiv, das sich an sich selbst erquickt, Film, Radio und Berichte tragen es stolz in Land und Welt: 180.000 Teilnehmer, 12 000 Fahnen und 120 Musikkapellen. Und auch sonst alles Quantitative gewiß kolossal Aber das Geistige, das Programm? Hier empfiehlt sich Bescheidenheit. Terror gegen alles, was sich nicht unterwirft, nicht aufs **Denken verzichtet. Befriedigung, daß** auf diesem Parteitag gar nicht gesprochen, kein Problem erörtert, sondern bloß marschiert und gelärmt wird.

Die Großartigkeit der Aufmachung steht zu der Armseligkeit des Inhalts in einem peinlichen Gegensatz. Nach sieben Monaten Herrschaft ist der deutsche Nationalsozialismus nirgends zu einer positiven Leistung gekommen; die Senkung der Arbeitslosigkeit, deren er sich berühmt, besteht im wesentlichen darin, daß weniger Unterstützungen ausbezahlt und Hunderttausende zu einer Arbeit genötigt wurden, die kaum höher bezahlt wird als die frühere Arbeitslosenrente. Und jeder Kenner der deutschen Wirtschaft weiß, daß die angeblichen Erfolge gar nicht vorhanden sind, die Notstandsarbeiten werden sich von den Gemeinden bloß durchführen lassen, wenn sie auf die Spareinlagen der Sparkassen greifen, die Inflation läßt sich dank dem Transfermoratorium noch ein wenig verschleiern, da die freie Mark auf dem Weltmarkt kaum verlangt wird, aber die Kaufkraft ist bei gesunkenen Löhnen und erhöhten Preisen immer geringer. Die Textilindustrie kann nicht in alle Ewigkeit Uniformtuch und Fahnen erzeugen, die Einnahmen der Reichsbahnen sinken erschreckend, die Auflagen der Zeitungen, der Bücher, die Besucherzahlen in Kinos und Theatern verringern sich, obwohl der Bezug der Naziblätter und der Besuch patriotischer Vorstellungen und Filme fast obligatorisch geworden ist. Einstweilen wird weiter marschiert, und dies scheint vorerst noch einen Teil der Nation zu begeistern, und der andere Teil, der enttäuscht ist und klarer sieht, muß schweigen. Aber man darf wohl die Voraussage wagen, daß das vom Führer der Stadt Nürnberg verheißene Monopol auf Parteitage von ihr kaum sehr viele Jahre lang in Anspruch genommen werden wird.“

Der Prozeß gegen Göring

Der Reichstagsbrand

Der Prozeß gegen die angeblichen Brandstifter des Reichstags soll am 21. September vor dem Reichsgericht teils in Leipzig, teils in Berlin stattfinden. Alle Bemühungen, den Angeklagten unabhängige ausländische Verteidiger zu stellen, sind am Widerstand des Reichsgerichts gescheitert. Unter diesen Umständen gewinnt der Gegenprozeß, der in London am 14. September beginnt, erhöhte Bedeutung. Er ist den Machthabern in Deutschland ebenso unbequem, wie er für die Angeklagten, die unter den gegenwärtigen Verhältnissen beste Möglichkeit der Sicherung ihrer Interessen ist.

Die Verlegung vom Haag, wo der Gegenprozeß ursprünglich stattfinden sollte, nach London dürfte wohl mit dem starken Interesse zusammenhängen, das die angelsächsische Oeffentlichkeit den Vorgängen in Deutschland entgegenbringt. Das geht auch aus der Aufnahme hervor, die das „Braunbuch“ dort gefunden hat. Der „Economist“, das führende Wirtschaftsblatt Englands, dessen ruhiges und abwägendes Urteil bekannt ist, widmet dem „Braunbuch“ einen Artikel, dessen Schlußsatz lautet:

„Die volle und zuverlässige Bestätigung der schlimmsten Verdachtgründe, die über den Reichstagsbrand und den Hitler-Terror geäußert worden sind, muß einen wahren Schock von Widerwillen und Grauen innerhalb der zivilisierten Welt hervorrufen. Sie muß auch die Frage auf die Tagesordnung bringen, ob das Recht der Gleichberechtigung unter den Völkern von einer Regierung in Anspruch genommen werden kann, welche die gewöhnlichste Regel von Gerechtigkeit und Menschlichkeit mißachtet, indem sie sich selbst an den eigenen Landesgenossen rächt.“

Wie würde das Urteil der Weltöffentlichkeit lauten, wenn sie die volle Wahrheit über Deutschland kennen würde? Und wie würde das deutsche Volk handeln, wenn es die Wahrheit erfahren dürfte.

Der Dekorationsmaler

Wie in Buchhändlerkreisen erzählt wird, ist das bekannte kleine „Konversationslexikon“ von Knaur (Berlin 1932) nicht vergriffen, trotzdem es der Verlag behauptet, sondern die Firma wagt das Werk nicht auszuliefern, weil unter dem Stichwort „Hitler“ folgendes zu lesen steht:

„**Hitler**, Adolf, 20. 4. 1889 in Braunau (Oberösterr.), Dekorationsmaler, Begr. der Nationalsozialist. dtsch. Arbeiterpartei.“

Wie wär's, wenn der Verlag statt „Dekorationsmaler“ das Wort „Kunstmaler“ einsetzen würde?

Braune Pleite

Die Theater sind tot, die Kinos leer . . .

In den offiziellen Kunstberichten des III. Reiches herrscht eitel Sonnenschein. Wenn man ihnen glauben darf, erneuert sich die Kunst, sind die Theater überlaufen, jubelt das erwachte Publikum den gleichgeschalteten Bühnenhelden brünstig zu. Aber manchmal, wenn der Zensor schläft oder ein Redakteur unter der Hitze leidet, gerät in die Spalten der braunen Blätter plötzlich ein Stückchen Wahrheit. Und diese Wahrheit sieht so aus:

„Berliner Herold“, 28. August:

„Sicher ist leider, daß aus mangelnder Initiative, fehlendem Kapital und nicht vorhandenen produktiven Direktoren-Temperamenten in den Berliner Privattheatern zu Saisonbeginn mindestens fünfzig Prozent weniger Schauspieler, Musiker, Bühnenarbeiter und Autoren beschäftigt werden als im Vorjahre.“

„Literarische Welt“, 25. August:

„Das Volk verbittet sich, sich von einer Filmindustrie ein Scheinleben vorgaukeln zu lassen. Der Mensch und das Leben sind zu große und zu ernste Dinge, als daß wir heute noch es zulassen könnten, daß damit so frevelhaft gespielt wird.“

„Vossische Zeitung“, 18. August:

Unter der Ueberschrift „Warum ist der Film so schlecht?“ Sind es die Schauspieler? Ist es der Regisseur? Tatsache ist jedenfalls, daß die zahlreichen Uraufführungen der letzten Wochen dem Film keine neuen Freunde gewonnen haben . . . Der schlechte Kinobesuch deutet an, daß das Barometer auf Sturm steht.“

Nur munter so weiter! Die deutsche Kunst wird solange gleichgeschaltet, erneuert und aufgenordet werden, bis nichts mehr von ihr übrig ist. Ein Erfolg nach altem ärztlichem Rezept: „Operation gelungen, Patient tot!“

Monarchie, Krieg oder Bürgerkrieg

Der ehemalige Botschafter der Vereinigten Staaten in Berlin, James Gérard, gab der Presse gegenüber folgende Erklärung ab: Die beste Definition, die ich über den Nationalsozialismus geben kann, ist, daß er einen Protest gegen die Intelligenz darstellt. Nach meiner Ansicht werden die gegenwärtigen Ereignisse in Deutschland zur Wiederherstellung der Monarchie führen oder auch zu einem allgemeinen Krieg oder zu einem Bürgerkrieg.

Hitlers Sozialismus

In der Berliner Handelshochschule sagte der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Dr. Hunke in einer Rede laut Bericht der Vossischen Zeitung: „Wenn der Nationalsozialismus die marxistische Verstaatlichung der Produktionsmittel ablehnt, dann deshalb, um die Persönlichkeit in der Wirtschaft nicht auszuschalten und um die natürliche Ungleichheit der Menschen zu berücksichtigen. Vor allem aber würde durch die Beseitigung des Eigentums die Grundlage jeder Kultur zerstört werden.“

Radfahrt durchs Dritte Reich

Drei junge Genossen. Alle nach Gleichschaltung des Betriebes wegen „staatsfeindlicher Einstellung“ zum Feiern verurteilt. Also mit dem letzten Wochenlohn in der Tasche aufs Rad und hinaus aus der großen braunen Hölle Berlin, aufs Land! Vierzehn Tage Flucht vor aller Schikane und Bespitzelung, vierzehn Tage Flucht vor den Sorgen — und was danach kommt, wer will sich heute noch darum kümmern?

Nun sind die vierzehn Tage vorbei. Sie waren für uns ein erfrischendes Erlebnis. Was wir in diesen vierzehn Tagen im Mecklenburgischen, an der Ostsee, im Holsteinschen, in der Lüneburger Heide gesehen und gehört haben, hat uns angenehm enttäuscht.

Der ausländische Leser muß verstehen, daß es heute in Deutschland nicht ganz einfach ist, eine politische Unterhaltung zu führen. Die Menschen sind sehr mißtrauisch geworden. Sie werden stutzig, halten sich zurück, tauen dann vielleicht allmählich mit einem Kopfnicken auf und geben vorsichtig ihrer Meinung Ausdruck. Erst wenn sie ganz sicher sind, daß sie es nicht mit einem braunen Spion zu tun haben, werden sie gesprächig und machen aus ihrer wahren Gesinnung kein Hehl.

Wir sprachen mit einfachen Landarbeitern, Bauern und Mittelständlern. Unzählige, die noch vor einem halben Jahr hinter der Hakenkreuzfahne herliefen, haben erkannt, daß sie die Betrogenen sind. Sie wissen, daß es gefährlich ist, von den Zuständen, wie sie sind, zu reden, aber — das scheint mir die wichtigste Erfahrung — sie glauben trotzdem nicht an den Bestand dieses Regimes.

Unweit von Fürstenberg i. Mecklenburg, überraschte uns ein Wolkenbruch. Ein junger Mann in brauner Hose und Schaftstiefeln lud uns ein, in ein Haus zu kommen, um dort den Regen abzuwarten. Langsam kam die Unterhaltung in Gang. Vorsichtig glitten wir auf das politische Gebiet über. Bald ging dem jungen Mann ein Licht auf darüber, daß unsere Gesinnung nicht die gleiche Farbe hat wie seine Hosen. Er wurde gesprächig und erzählte, er sei früher bei der Hilfspolizei gewesen, hätte aber die Forderungen, die man ihm dort stellte, mit seinem Gewissen nicht vereinbaren können. „Wieviel Elend wir in mancher Familie anrichteten, glauben sie ja gar nicht. Wie oft mußten wir Männer, die wir als rechtschaffene Menschen und brave Familienväter kannten, zu einer Autofahrt einladen, die im Konzentrationslager endete — nur weil sie Marxisten waren! Fand man gar bei ihnen ein Flugblatt, so wurde gleich das ganze Dorf auf den Kopf gestellt. Sogar meinen alten Kameraden, der ein bißchen gemeckert hatte, mußte ich ins Lager schaffen. Es ist ja viel Gutes, was Hitler macht, aber was er uns Arbeitern versprochen hat, wird doch nicht gehalten. Dem Kapitalismus geschieht nichts. Das wird aber nicht lange so bleiben.“

„Das wird nicht lange so bleiben“, war die Redensart, die uns dann auf unserer Fahrt immer wieder begegnete.

Exezierplatz bei Teterow. 5- bis 12jährige Jungens, alle in Uniformen. Und in was für Uniformen! Man sieht es ihnen an, wie schwer es den Eltern geworden ist, das bißchen militärische Kleidung zusammenzuschustern. Das Kommando führt ein Junge, der bei einem Feldwebel alten Schlages in die Schule gegangen zu sein scheint. Nach allen Regeln der Kunst wird gedrillt und geschliffen. In den Ansprachen, die der Führer an seine Rekruten hält, erleben alle Ausdrücke der wilhelminischen Kasernenhofsprache ihre Wiederauferstehung.

Die Geschäftsleute an der Ostsee aber lassen die Ohren hängen. „Voriges Jahr war es schon schlecht. Jetzt ist es eine Katastrophe, Juden kommen überhaupt nicht mehr. Den kleinen Beamten steht die Not bis zum Halse. Es ist alles tot. Sie sehen ja, daß hier nichts mehr los ist.“

So sprach ein Ladenbesitzer in einem sehr bekannten Ostseebad und wies mit einer Handbewegung auf den fast leeren Strand.

In einem Kurort im Holsteinischen ging der Geschäftsführer gleich los: „Sie glauben ja nicht, was bei uns sonst für ein Betrieb war, allerdings wir hatten sehr viel jüdische Gäste, die fehlen jetzt ganz. Der Judenboykott war der größte Blödsinn, der gemacht werden konnte. Und wir Geschäftsleute haben jetzt auszufressen, was die oben beschlossen haben. Auch die Ausländer bleiben aus. Sie hören Goerings Reden im Radio und finden es dann besser, wo anders hinzugehen.“ Der Mann, der so sprach, trug ein Hakenkreuz am Rock und auf dem Dach seines Hauses flatterte die Fahne des Dritten Reiches.

In den Städten sahen wir Aufmärsche von Belegschaften, die zu einer Feier kommandiert waren. Vorne die SA-Kapelle, rechts und links Hilfspolizei. Die Züge waren lang, aber man sah fast keine nationalsozialistischen Parteiabzeichen. Und die Stimmung war sichtlich von Begeisterung meilenweit entfernt.

In der Lüneburger Heide kommen wir mit der Frau eines Arbeitslosen ins Gespräch. Der Mann hat jetzt in der Stadt Arbeit bekommen, er kriegt auch Lohn, allerdings pro Woche zwei Mark weniger als die Unterstützung betragen hat. Dabei fällt jetzt der Mietszuschuß fort und was es sonst für Arbeitslose an Vergünstigungen gibt. „Schlechter wird es“, klagt die Frau, „man sieht es überall. Die Schuld hat die Großfinanz, und da geht Hitler nicht ran. Und wir müssen nun alle das Maul halten.“

Natürlich gibt es auch Leute, die an Hitler festhalten. So trafen wir in Neustrelitz einen Großbauern, der über die Arbeitslosenversicherung furchtbar schimpfte und mit Hitler ganz zufrieden war. Aber Fälle solcher Art bildeten schon die Ausnahme. Es mag sein, daß wir als Wanderburschen zu Rade mit dem letzten Lohn in der Tasche zu wenig Berührung mit „vornehmen Kreisen“ gefunden haben. Aber dort, wo die Masse des Volkes lebt, sind wir gewesen. Wir sind kreuz und quer durchs Land gezogen, haben dabei manches zugelernt und vielleicht aus manches Samenkorn sozialistischer Erkenntnis ausgestreut. Gedanken sind noch immer zollfrei, es gibt mehr Türen als Spitzelohren, und schon gar unter dem freien Himmel wird das Herz weit und das Wort frei. Deutschland ist noch nicht verloren. Es ist wieder zu gewinnen! Wollten nur viele wandern und werben wie wir!

Einer von dreien.

„Künstlerisch“

Ein brauner Erziehungsfilm

Ein neuer deutscher Film tanzt über die Leinwand, er heißt „Saison in Kairo“ und dies ist sein Inhalt:

Ein junger, steinreicher Firmeninhaber, den Willy Fritsch so arisch-blond wie irgend möglich mimt, fühlt sich von seiner Frau Mama blamiert, denn diese Dame im gefährlichen Alter verdreht, von Modebad zu Modebad reisend, allen Salonlöwen die Köpfe. Der Sprößling, auf den Ruf der Firma bedacht, entschließt sich endlich, seine Mutter zu verheiraten, und seine Wünsche treffen sich zufällig mit denen einer gleichfalls blonden wienerischen Grafentochter, deren angejahrter Papa gepumptes Geld verwichst, aus den Flirts nicht herauskommt und dem Familienadel nichts als Schande macht. Die beiden geschäftstüchtigen Kinder verabreden also — Adel und Millionenvermögen, das trifft sich tadellos — den nichtsnutzigen gräflichen Vater mit der koketten Firmenmutter zu verheiraten. Ehe die Alten ja oder nein sagen können, soll der Rundfunk die epochemachende Verlobungsnachricht verbreiten, so daß die überrumpelten Partner nicht mehr zurück können. Dabei geschieht ein Betriebsunfall — versehentlich werden nicht die Eltern, sondern die K i n d e r als Pärchen ausgerufen; und, weil's nun mal nicht zu ändern ist, verlieben sich die beiden Jungen trotz anfänglicher Ziererei des gräflichen Töchterchens wirklich ineinander. Indes werden auch die Alten handelseinig. Ein Paar, ein Pärchen, zwei Großaufnahmen — Schluß. Als Hintergrund für dies Begebnis werden die Pyramiden mißbraucht.

Warum wir den Schmarren so ausführlich schildern? Weil wir den Beweis erbringen möchten, daß hier alles beisammen ist und verherrlicht wird, was **z u r g e g e n w ä r t i g e n G e s e l l s c h a f t s u n m o r a l** gehört: käufliche Titel, käufliche Frauen aus höchsten Kreisen, käufliche Liebe, Kuppelei im Großformat (im kleinen ist sie strafbar), erlogene Wohlanständigkeit, Gaunertum und schamlose Geschäftemacherei.

Warum uns so viel daranliegt, diesen Beweis zu erbringen? Weil die Filminstanzen des III. Reiches dem Film „Saison in Kairo“ ihre besondere Aufmerksamkeit geschenkt haben. Aha! sagt sich der harmlose Leser, sicher ist das Machwerk verboten, sicher ist es entrüstet aus allen deutschen Lichtspielhäusern verbannt worden? Nein — **das ist es ja gerade!** — Dies Ufa-Produkt wurde von der 1. F i l m k a m m e r b e i m Z e n t r a l i n s t i t u t f ü r E r z i e h u n g u n d U n t e r r i c h t als „k ü n s t l e r i s c h“ anerkannt! Diese Anerkennung hat drei Jahre Gültigkeit und ist mit **S t e u e r e r l e i c h t e r u n g e n** verbunden.

D a h i n also geht der Weg der „erneuerten“ deutschen Kunst! Wir wundern uns nicht darüber. Die braunen Wirtschaftsdiktatoren verteidigen die kapitalistische Ordnung mit Bajonett und Gummiknüppel, die braunen Kulturbonzen haben die Aufgabe, den deutschen Untertan die Moral dieser verlotterten Welt so schmackhaft zu machen, daß er, behaglich grunzend, das Nachdenken vergißt. Aber wenn auch die b r a u n e Jugend eines Tages merkt, daß ihr statt der versprochenen „neuen Sittlichkeit“ nur alte Verlogenheit aufgetischt wurde, dürfte das „Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht“ über die Früchte seiner pädagogischen Bemühungen staunen.

Der Ostjuden-Schwindel

Jahrelang hat die rechtsstehende Presse gegen die frühere preußische Regierung gehetzt, weil angeblich hunderttausende von „Ostjuden“ die den deutschen Arbeitern das Brot wegnahmen, nach 1918 in Deutschland eingebürgert worden seien. Diese Anschuldigung war mit ein Bestandteil der systematisch betriebenen a n t i s e m i t i s c h e n H e t z e, die jetzt in der amtlich betriebenen Juden-Ausrottung ihre Auswirkung gefunden hat.

In Verbindung mit dem vor zwei Monaten verkündeten Gesetz, wonach „unerwünschte“ Einbürgerungen rückgängig gemacht werden können, ist nun vom Preußischen Innenministerium eine S t a t i s t i k der nach 1918 vorgenommenen Einbürgerungen veröffentlicht worden. Danach entfallen im Zeitraum von 1919 bis 1933 von insgesamt 130.000 Einbürgerungsanträgen in Preußen nur etwa 5 0 0 0 auf ostjüdische Anträge! Selbst angenommen, daß allen diesen Anträgen stattgegeben wurde, würde das bedeuten, daß noch keine 4% aller Einbürgerungen auf Ostjuden entfielen und daß gegenüber der Bevölkerungszahl Preußens der „ungeheuere Zustrom“ der Ostjuden 0,001%, **das heißt e i n T a u s e n d s t e l P r o z e n t,** im Jahresdurchschnitt mit Familienangehörigen vielleicht zwei oder drei Tausendstel betrug!

Lebendige Internationale

Kinderrepublik ohne Deutsche

P a r i s, Anfang September.

Wir saßen um das große Abschiedsfeuer des Lagers. Unsere Lieder waren in den Dünen verhallt. Ein Gefühl der Wehmut und des Abschieds lag über uns allen, und wir wenigen aus Deutschland, die wir am Lager teilnahmen, dachten mit schmerzlichem Gefühl an u n s e r e F a l k e n i n D e u t s c h l a n d, die vielleicht jetzt gerade an dem nationalsozialistischen Rummel widerwillig teilzunehmen gezwungen sind, mit den Lippen das „Horst-Wessel“-Lied singend, in den Herzen ihre sozialistische Gesinnung.

Es war die erste internationale Kinderrepublik, an der die d e u t s c h e Falkenbewegung nicht beteiligt war! In Deutschland nahm der Gedanke, durch anschauliche Gestaltung einer wirklichen Kinderrepublik ein sozialpädagogisches Neuland zu schaffen, zuerst Form an. Unsere Kinderrepubliken setzten sich durch, und ihre Werbekraft überschritt die Grenzen unseres Landes nach allen Seiten hin. In D e u t s c h l a n d g a b e s i n d i e s e m J a h r e k e i n e K i n d e r r e p u b l i k und keine Heimstätte für unsere Falken. Aber was wir in zehnjähriger Arbeit aufgebaut haben, das ist nicht vergebens gewesen. Auf dem internationalen Kongreß sprach man davon, daß man um Deutschland, wie um einen Pestherd, einen Kordon legen müsse. Wir haben mehr getan, wir haben rings um Deutschland herum ein lebendiges Wachstum sozialistischer Kultur gesichert. Unsere Falkenmelodien müssen sich in Deutschland in versteckte Wälder und Ecken verkriechen, aber die schallen laut in allen möglichen Uebersetzungen wieder. Die H o l l ä n d e r, diese kräftigen Falken einer aufsteigenden Arbeiterbewegung, tragen nicht nur die Falkenwimpel ihres Landes, sondern unter ihnen die Wimpel der deutschen Falken. „Wir bewahren Euch Eure Wimpel, bis Ihr sie wieder frei in Eurem Lande zeigen könnt!“ So sprach Jan Stoovelaar, der holländische Führer, und dieser Akt war nur die sympolische Ausdeutung von dem, was sie an treuer Falkengesinnung uns bewahren und an guter Falkenarbeit hinzufügen.

Da waren die F r a n z o s e n in unserem Lager, beinahe 300 an der Zahl, und als wir sie einmarschieren sahen, da hatten wir das Gefühl, das sind u n s e r e Falken. Und selbst durch ihre französische Sprache hindurch klang als der Wesenszug dieser Bewegung der Rhytmus und der Stil der deutschen Falkenbewegung.

Wer nicht mit dem internationalen sozialistischen Wesen der Falkenbewegung vertraut ist, der vermutet, daß auch in d i e s e r Erziehungsbewegung der Nationaltyp entscheidend sein müsse. Da war in einer Helferbesprechung ein prächtiger Südfranzose, ein guter Kamerad, aber doch immerhin neu in der Falkenbewegung. Der warf der französischen Falkenbewegung vor, daß sie zu sehr deutsch, zu wenig französisch sei. Aber er hatte wenig Glück mit diesem Appell: Zwei echte Pariser, der eine Volksschullehrer, der andere Studienrat, beide urtypische Franzosen in Sprache, Gestikulation und Temperament, widersprachen: „Unsere Falkenbewegung kommt zwar aus Deutschland, die Deutschen sind unsere Lehrmeister gewesen, aber sie ist i n t e r n a t i o n a l, wir sind glücklich, daß wir zum ersten Male eine Bewegung erleben, die eine neue praktische internationale Wirklichkeit darstellt.“

So war es in der Tat im Lager. Das war nicht mehr eine Zusammenfügung von einzelnen Völkern, die sich unter gegenseitiger Rücksichtnahme mit einander vertrugen, nein, das war wirklich etwas Neues, ein internationaler Alltag, eine internationale Notwendigkeit, mit einander tatsächlich zu leben, ein überragendes i n t e r n a t i o n a l e s L e b e n s g e f ü h l.

Ganz sicher war es ein Zufall, daß das Lager bei Ostende stattfand, und der Genosse V a n d e r v e l d e, der Präsident der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, die Kinderrepublik begrüßte, aber nicht zufällig war es, daß auch er überwältigt war von dem starken Gefühl der Internationalität, die in dieser Falkenrepublik dominierte.

Schon zu Beginn erreichte die Nachricht von der Ermordung Felix Fechenbachs die Kinderrepublik. Felix Fechenbach war selbst Kinderfreund, seine Frau ist viele Jahre hindurch Helferin gewesen und zwei von seinen Kindern sind Falken. Es war daher natürlich, daß auch wir eine Gedenkfeier für dieses Opfer faschistischer Mordsucht veranstalteten. Aber als wir auf unserem Hügel standen, da fühlten wir alle miteinander, Felix Fechenbach gehört nicht nur zu uns, zu der deutschen Sozialdemokratie, sondern er starb für die gesamte Internationale des Sozialismus. Schwer lag auf allen Gemütern der faschistische Druck, aber über den gerechten Zorn hinaus stieg der Wille zur befreienden Tat. Und als wir zum Schluß d i e I n t e r n a t i o n a l e sangen, da schallte ernst und stark der Freiheitsruf, und die kleinen Hände der Falken ballten sich spontan zu drohenden Fäusten.

Unsere Falken sind in ihre Länder zurückgekehrt. Es sind A r b e i t e r k i n d e r, an die von frühester Jugend an die Härte des Lebens herantritt. Für diese Arbeiterkinder ist der Faschismus kein leerer Begriff, sondern der Ausdruck brutaler Feindschaft gegen die Arbeiterklasse. Sie hassen den Faschismus, den sie an dem Schicksal ihrer Deutschen und italienischen Falken anschaulich erlebten.

Aber sie stehen nicht nur negierend in der Welt, sie haben schon ein Stückchen Verwurzelung in der internationalen Sozialistischen Wirklichkeit. Sie haben glückliche und frohe Stunden in ihrer Kinderrepublik erlebt.

Heute noch ist es ein kurzer Urlaub von der Not ihrer Klasse, morgen wird es die große internationale sozialistische Republik sein. Es steckt tiefer Ernst im Spiel der Proletarierkinder.

K. F.

3. Reich und Auslandpresse

Das deutsche Volk darf die Wahrheit nicht erfahren. Alle unabhängigen Zeitungen sind unterdrückt. Aber auch dem A u s l a n d soll die Wahrheit über Deutschland vorenthalten werden. Seit der Herrschaft der Nazis besteht deshalb zwischen der Regierung und den ausländischen Pressevertretern Kriegszustand Unter der Führung des Vertreters der „Chicago Daily News“, E d g a r M o w r e r, setzten die ausländischen Journalisten allen Versuchen ihre Unabhängigkeit anzutasten, Widerstand entgegen. Vor einigen Tagen aber hat Mowrer, der schon vor Wochen den Vorsitz im Verein ausländischer Presse niedergelegt hatte, um damit die Enthaftung des Vertreters der „Neuen Freien Presse“, Paul G o l d m a n n, zu erreichen, Berlin plötzlich verlassen.

Ueber die Gründe dieses Schrittes gibt ein Brief Aufschluß, den Mowrer an seine früheren Berliner Kollegen gerichtet hat. Danach hat die Reichsregierung die amerikanischen Behörden wissen lassen, daß sie für die **l e i b l i c h e** S i c h e r h e i t von Mowrer nicht mehr einstehen könne. Dieselbe Regierung, die sich der ungeheuerlichsten Machtfülle rühmt, nimmt vor dem Ausland das Odium der völligen Ohnmacht auf sich, um einen ihr unbequemen Journalisten loszuwerden. Bei dieser Gelegenheit erfährt man ferner,

daß die politische Verlustliste der ausländischen Presse in Deutschland bereits 18 Personen verzeichnet.

9 Korrespondenten haben Deutschland verlassen, weil sie von Anfang an ihre Aufgabe nicht erfüllen konnten. Einem zehnten Korrespondenten ist unter A n d r o h u n g k ö r p e r l i c h e r Z ü c h t i g u n g dieselbe Ueberzeugung beigebracht worden. Ein elfter Korrespondent sei so gut wie hinausgeworfen worden, weitere zwei Korrespondenten seien nach kürzerer oder längerer Haft ausgewiesen worden. Bei fünf weiteren Korrespondenten haben Haussuchungen stattgefunden.

Angst und böses Gewissen, das sind die Triebkräfte der Hitlerregierung auch gegenüber der ausländischen Presse.

„Ueberhaupt keine Menschen . . .“

In den „Rassensonderfenstern“ der deutschen Buchhandlungen sieht man auch ein Buch „Neue Grundlagen der Rassenforschung“ von Hermann G a u c h. Was hat dieser braune Gauch der Welt mitzuteilen, welche neuen Grundlagen der Rassenforschung hat er gefunden? Wir zitieren:

> Bei den nicht nordischen Menschen stehen entsprechend der V o r s c h n a u z i g k e i t des Oberkiefers die Zahnwurzeln mehr schief wie beim Tier... Die mahlenden Kaubewegungen des nordischen Menschen lassen das Kauen bei geschlossenem Mund erfolgen, die pressenden des andersrassigen Menschen neigen aber wie beim Tier dazu, zu schmatzen.
>
> Doch der nordische Mund vermag noch mehr. Wie die rote Farbe aufreizend wirkt, so auch der hellrote Mund des nordischen Menschen r e i z e n d, indem er zum Küssen und darum zum L i e b e s w e r b e n reizt. Er sieht ansprechend und gleichsam k u ß f ä h i g aus.
>
> Dagegen zeigt bei Nichtnorden der breite, dicklippige Mund im Verein mit den aufgeworfenen breiten Nasenlöchern die sinnliche Gier, das schadenfrohe und falsche Grinsen, das genußsüchtige Einschlürfen.
>
> Das Reden mit den Händen und Füßen ist kennzeichnend für den Nichtnorden während der nordische Mensch ruhig steht, eher die H a n d i n d e r H o s e n t a s c h e hat.
>
> Ausgesprochenes Schamgefühl finden wir nur in der nordischen Gesittung, die schon die Geschlechtsteile die Scham benennt. Der dunkelhäutige Mensch kann auch äußerlich kaum schamhaft erröten.
>
> Bei den nordischen Menschen findet sich eine Veranlagung für die Reinlichkeit im Innern und Aeußeren... der nichtnordische Mensch lebt **I m m e r i m S c h m u t z**, wo er unter seinesgleichen ist.
>
> Die nordische Form entspricht dem Stilgestanden unserer Uebungsvorschrift Nur bei der Brust des nordischen Weibes, und das auch bei herabhängenden Armen, finden wir die straffe, stehende Brustdrüse mit der Halbkugelform als **d i e h ö c h s t m ö g l i c h e E r h e b u n g** eines in wagrechter Ebene entspringenden **W e i c h t e i l e s** in die Höhe.
>
> Der nichtnordische Mensch nimmt eine Zwischenstellung zwischen nordischen Menschen und den Tieren, zunächst den Menschenaffen, ein. Er ist darum kein vollkommener Mensch, er ist so **ü b e r h a u p t k e i n M e n s c h** im eigentlichen Gegensatz zum Tier, sondern eben nur ein Uebergang dazu, eine Zwischenstufe. Besser und treffender ist aber die Bezeichnung Untermensch.

Der nichtnordische Mensch, bemerkt dazu die Wiener „Arbeiter-Zeitung“, ist also überhaupt kein Mensch. Er grinst falsch und schadenfroh. Er lebt im Schmutz und redet mit Händen und Füßen. Im Dritten Reich pflegt er, schlau wie er ist, als SA.-Führer oder Minister aufzutreten. Die Qualitäten des nordischen Menschen hingegen sind Hinterschnäuzigkeit, Kußfähigkeit und höchstmögliche nationale Erhebungen der Weichteile in die Höhe; außerdem hat er die Hand in der Hosentasche. Die Tiere B e e t h o v e n, M i c h e l a n g e l o, D o s t o j e w s k i, typische Vorschnäuzler, hatten offenbar die Hand zu wenig in der Hosentasche, und an Kußfähigkeit dürfte d e r H i t l e r - J u n g e Q u e x sie bei weitem übertreffen. Und darauf kommt es an, nicht auf die Kulturleistung.